

Redebeitrag
Plenum, 20.02.2017

Dok. 173- Regierungsmitteilung über das Konzept zur Integration in der DG
-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herrn,

Integration bleibt in unserer Gesellschaft ein Thema mit besonderer Brisanz, denn sie betrifft alle Bereiche der Gesellschaft.

Integration verändert nicht nur die persönliche Identität der Menschen mit Migrationshintergrund, sondern beeinflusst auch die Mehrheitsgesellschaft, in der sie stattfindet.

Integration ist aber nun kein Phänomen, was erst seit der Flüchtlingswelle 2015 entstanden ist, sondern beeinflusst die Menschheit bereits seit Anbeginn der Zeiten. Migrationsströme hat es immer in der Geschichte gegeben, zu jeder Zeit und an vielen Orten.

Da Integration nicht nur Anforderungen an die Menschen selbst, ob einheimisch oder mit Migrationshintergrund, stellt, sondern auch alle politischen Entscheidungsebenen betrifft, liegt es an uns, die Eingliederung dieser Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft zu unterstützen.

Somit ist die Integration der Flüchtlinge, die sich für einen Verbleib in Ostbelgien entschieden, unzweifelhaft eine politische und soziale Herausforderung, der sich gestellt werden muss und die ein hohes Maß an Koordination erfordert. Von daher ist das Motto, das hier gelten soll:

„Fördern und Fordern“, was bereits im Integrationskonzept des RESI abzulesen ist.

Die Vivant-Fraktion spricht sich klar für eine solidarische Haltung diesen Menschen gegenüber aus und befürwortet diese inständig, denn Menschen in Not muss geholfen werden, jedoch, und hier liegt der Unterschied, legen wir einen größeren Wert auf den Aspekt „Fordern“, was das Thema Integration betrifft.

Ein englisches Sprichwort sagt: „When in rome, do as the romans do.“ Sinngemäß: „Wenn du in Rom bist, verhalte dich wie die Römer.“ Und dies sollte in unseren Augen das Grundmotto sein, was den Neuankömmlingen vermitteln werden muss.

Wie ja unlängst bekannt ist, spaltet sich bei dem Thema Migration und Integration die Gesellschaft in zwei Lager, was zu einer innenpolitischen Radikalisierung geführt hat und den Aufstieg radikalen Bewegungen innerhalb der Staatsgrenzen sowie in ganz Europa mit sich führt.

Meine Damen und Herren,

Die Menschen in Europa aber auch hier in Ostbelgien haben Angst und es gibt Vorbehalte der breiten Bevölkerungsmasse gegenüber Neuankömmlingen, ihren Bräuchen und ihren Kulturen.

Es ist jedoch angebracht, diese gesellschaftspolitische Entwicklung mit einem kritischen Auge zu betrachten, denn es ist nicht nur die Angst vor den Immigranten selbst, sondern die Angst vor der gesellschaftlichen Veränderung, die die Bürgerinnen und Bürger beunruhigt, auch hier in der DG. Hinzu kommt, dass eine Klassifizierung der Gesellschaft in „Links“ und „Rechts“ viele Leute davon abhält, ihre Meinung offen zu äußern, aus Furcht, gesellschaftlich gebrandmarkt zu werden. Und ein Teil der Medien und auch die klassische Politik schüren diese Unsicherheit.

Dennoch dürfen diese Vorbehalte nicht verschwiegen oder leichtfertig abgetan werden, sondern müssen offen und ehrlich debattiert werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Politik von der Gesellschaft lebt und ihr dienen soll. Wir haben also die Aufgabe, uns intensiv mit diesen Bedenken seitens der breiten Bevölkerungsmasse zu befassen.

Meine Damen und Herren,

Wir leben im Zeitalter der medialen Kommunikation und daher werden wir jeden Tag zu jeder Zeit mit einer Fülle von Informationen überhäuft, die wir verarbeiten müssen. Inmitten dieser Informationen finden sich spätestens seit dem 11. September 2001 täglich terrorismusbezogene Negativschlagzeilen, die unser Gesellschaftsbild immer stärker prägen. Dadurch wächst selbstredend auch die Vorbehaltsstellung vieler Bürgerinnen und Bürger zum Islam und dessen Anhängern.

Geschürt werden Vorbehalte aber auch durch Beispiele mangelhafter Integrationsbereitschaft von Neuankömmlingen. So hat beispielsweise der radikale Imam von Dison immer wieder durch Hasspredigten für Aufmerksamkeit gesorgt, in denen er mit dem IS sympathisierte, oder dessen Sohn, der gefilmt wurde, als er ein Lied vom Christenmord sang.

Darüber hinaus lieferten die vergangenen Versuche der Integrationspolitik Belgiens viele nicht nachahmenswerte Beispiele. So beobachten wir mittlerweile in manchen Städten Belgiens eine regelrechte Ghettoisierung, die sich zu beinahe rechtsfreien Räumen entwickeln. Ich denke da insbesondere an Droixhe oder Molenbeek. Vor allem letzteres hat im letzten Jahr für Schlagzeilen gesorgt, da sich der gesuchte Terrorist Salah Abdeslam wochenlang dort unbehelligt aufhalten konnte, ohne dass er der Polizei ausgeliefert wurde.

Diese Tatsache verdeutlicht, dass die bis dato angestrebte Integrationspolitik nicht gelungen und zum Entstehen und Aufkommen von diversen Parallelgesellschaften geführt hat, die die rechtsstaatliche Verfassung bewusst missachten. Darüber hinaus kann man eine Ausnutzung unserer sozialen Systeme beobachten.

So ist beispielsweise die Vortäuschung der syrischen Staatsbürgerschaft u.a. im Nachbarland Deutschland, aber auch hier in Belgien, vermehrt von Neuankömmlingen benutzt worden, um illegal Asyl zu beantragen. Auch dies muss angesprochen werden.

Ein weiteres Beispiel für schlechte Integration ist die Tatsache, dass ein Teil der arbeitslosen Bevölkerung des Landes einen Migrationshintergrund vorzuweisen hat. So liegt dieser Wert in der Region Brüssel-Hauptstadt bei mittlerweile 54%¹. Die OECD bemängelt dies in einem Rapport aus dem Jahre 2015.

Es gibt aber auch viele Beispiele gelungener Integration, wo sich Immigrierte bewusst und aktiv in der Gesellschaft beteiligen, sei es auf dem Arbeitsmarkt oder in der Freizeit.

Das ist auch gut so, dennoch gibt es in den Augen der Vivant-Fraktion noch zu viele schwarze Schafe die sich nicht aktiv um eine gelungene Integration bemühen. Daher fordern wir, den Schwerpunkt in der Integrationspolitik noch mehr auf das „Fordern“ zu legen. Hier greift wieder das bereits erwähnte Motto: „Sei wie ein Römer in Rom“.

Aus diesem Grund heißt die Vivant-Fraktion einem Integrationsprozess zwar gut, jedoch bemängelt sie die unaufrichtige Ausgangshaltung bei der Erarbeitung dieses Parcours.

Ein erster Schritt einer gelungenen Integration ist das Erlernen der Landessprache, oder in unserem Fall, eine der drei Landesprachen, so wie es in den Aussagen des Ministers abzulesen ist. Die Sprache ist der Schlüssel zur Gesellschaft und vor allem zum Arbeitsmarkt. Sie ermöglicht den Zugang zu Wohlstand und wirkt sozialer Abgrenzung und in manchen Fällen der Radikalisierung entgegen. So ist es nur logisch, dass den Asylantragstellern ein staatlich verordneter Sprachkurs auferlegt wird.

Die Tatsache hingegen, dass, wie es das Konzept des RESI vorsieht, nur die physische Präsenz während diesen Sprachkursen und nicht das erlernte Wissen ausschlaggebend ist, erachten wir als nicht annehmbar und kategorisch falsch.

Meine Damen und Herren,

welches Bild wird hier vermittelt?

Ich hatte dies auch im Ausschuss angesprochen, so wie die Regierung es vorsieht, soll bei 80 Prozent Anwesenheit der Parcours als erfolgreich abgeschlossen gelten - ohne abschließende Prüfung. Dies kann und darf in unseren Augen nicht sein. In klassischen Migrationsländern wie Kanada und Australien, ist das Beherrschen der Sprache das A und O – und da wird natürlich geprüft ob der Neuankömmling die Sprache richtig beherrscht.

¹ CREPIN J., « La Belgique mauvaise élève de l'emploi des immigrés », in *La dernière heure (DH)*, [online], URL : <http://www.dhnet.be/actu/belgique/la-belgique-mauvaise-eleve-de-l-emploi-des-immigres-552bf40f35704bb01bbe0e06> (Seite konsultiert am 17.02.2017; letzte Aktualisierung am 14.04.2015).

Wir plädieren daher für die Einführung einer Evaluation nach Absolvierung des Integrationskurses.

Ist ja auch eigentlich logisch. Und in Flandern ist dies auch vorgesehen. Warum nicht hier?

Im Ausschuss wurde angemerkt dass dies rechtlich wahrscheinlich nicht möglich ist, und das flämische Konzept juristisch geprüft wird.

Meine Damen und Herren,

wenn es rechtlich nicht vorgesehen ist, dass das Beherrschen einer Landessprache zum Erhalt einer permanenten Aufenthaltsgenehmigung erforderlich ist, dann sollte man dies schleunigst abändern. Denn ohne Sprachkenntnisse kann keine Integration funktionieren - ich denke da sind wir uns alle einig. Und es muss über Konsequenzen für diese Menschen nachgedacht werden und auch über Sanktionen.

Darüber hinaus sollte der Bürgerkurs intensiv auf die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Grundwerte ausgelegt werden. Darunter verstehen wir die bedingungslose Trennung von Religion und Staat, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie das Recht zur Selbstbestimmung, was der Herr Minister ebenfalls in seiner Mitteilung anmerkte.

Diese Grundwerte sind in unseren Augen nicht verhandelbar und Grundsteine einer gelungenen und nachhaltigen Integrationspolitik.

Des Weiteren ist uns nach der Vorstellung dieser Mitteilung nicht klar, ob die Neuankömmlinge nach abgeschlossenem Integrationsprozess auch weiterhin betreut werden oder nicht. Wir sehen es als grundlegend falsch an, nur eine kurzfristig ausgelegte Integrationsbasis zu schaffen, ohne eine langfristige Hilfestellung anzubieten. Auch hier gibt es positive Beispiele in Kanada und Australien.

Darüber hinaus unternehmen wir durch diese momentane Politik der Integration jedoch nur eine Form der Kosmetik, denn langfristig werden sich noch weitere Flüchtlingsströme auf den Weg nach Europa machen. Also sollten wir uns auch intensiv mit den Ursachen und Hintergründen beschäftigen.

Die Vivant-Fraktion hat bereits seit mehreren Jahren vor dem Aufkommen einer solchen Flüchtlingskrise gewarnt, jedoch sind all unsere Warnungen und Hinweise achtlos in den Wind geschlagen worden.

Meine Damen und Herren,

die Gründe dieser Auswanderungswelle sind zweifelslos eine verfehlte Finanzpolitik der Weltbank und die zahlreichen Freihandelsabkommen der EU mit Drittweltländern welche diese Länder vermehrt ausbeuten sowie das militärische Eingreifen der NATO und der USA im Mittleren und Nahen Osten.

Das Resultat dieser Interventionen ist ernüchternd, denn wir haben nichts daraus gewonnen, außer eine humanitären Katastrophe und Millionen von Flüchtlingen an unseren Grenzen.

Die Reaktion dieser Menschen auf unsere verfehlte Politik ist nichts anderes als die Geister die wir riefen. Die klassische Politik hat in dieser Frage auf ganzer Linie versagt und scheut sich nun davor, die Konsequenzen zu tragen und die Ursachen offen anzusprechen.

Und die vom Herrn Minister dargebotenen Maßnahmen können nur der Anfang einer fairen und gesunden Politik sein, sind aber bei weitem nicht ausreichend, wenn wir uns nicht auf die wahren Probleme besinnen.

Krieg, Hunger, Ausbeutung – das sind die eigentlichen Gründe der Migrationsbewegung. Wir müssen aufhören, diesen Menschen in ihren Ländern die Lebensgrundlage zu rauben, indem wir die dortigen Staaten in die Schuldenfalle oder komplette Anarchie treiben.

Jahrelange Verfehlungen, mangelnde Initiative, schlechtes Krisenmanagement und Rückratlosigkeit können nicht durch kurzfristige Integrationsmaßnahmen bereinigt werden. Es ist an der Zeit, sich der Verantwortung zu stellen und endlich der Profitgier der Konzerne, der ausbeuterischen EU Außenpolitik und der aggressiven NATO ein Ende zu setzen, damit nicht noch mehr Menschen für das Wohl Einzelner leiden und bezahlen zu müssen.

Und wenn man bedenkt, dass die Sozialisten hier in der DG einen Vortrag organisiert hatten um auf die schädlichen Auswirkungen der EU Freihandelsabkommen mit Drittweltländern hinzuweisen, nachdem sie allen diesen Verträgen zugestimmt hatten - so kann man ihre Politik als heuchlerisch bezeichnen.

Abschließend möchte ich anmerken, dass wir den hier angesprochenen Integrationsparcours aus den oben genannten Gründen nur als Beginn ansehen. Viele der Haltungen des Herrn Minister sind in unseren Augen, wie bereits erwähnt, in einigen Punkten nicht weitreichend genug sind. Integration wird uns noch über Jahre hinweg beschäftigen, daher erachten wir das Elaborieren eines Integrationsdekretes trotzdem als gute Initiative in die richtige Richtung, allerdings mit der Aufforderung, die dort festgehaltenen Prinzipien auch seriös zu nehmen und der Befindlichkeit der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Balter